Landkreis Hildesheim
Stadt Alfeld (Leine)
Kernstadt

**28. Änderung des Flächennutzungsplans
 „Königsruh“**

**Ergebnisse der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
 (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
 (Beteiligung vom 01.07. bis einschließlich 14.08.2020)**

**Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie
 der benachbarten Gemeinden**

Nr.	Behörden / Träger öffentlicher Belange / benachbarte Gemeinden	Datum	Bemerkungen / Hinweise
1	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (ArL)	16.07.20	• keine Anregungen
2	Bundesagentur für Arbeit		• keine Rückmeldung
3a	Avacon Netz GmbH - Verteilnetz	09.07.20	• keine Anregungen (zuständig für Gasmitteldrucknetz)
3b	Avacon Netz GmbH – Region West		• keine Rückmeldung
4	Deutsche Bahn AG DB Immobilien Region Nord		• keine Rückmeldung
5	Deutsche Post AG		• keine Rückmeldung
6	Deutsche Telekom Technik GmbH		• keine Rückmeldung
7	Flecken Delligsen		• keine Rückmeldung
8	htp GmbH	02.07.20	• keine Anregungen
9	Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim (IHK)		• keine Rückmeldung
10	Kirchenkreisamt Hildesheimer Land		• keine Rückmeldung
11	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)		• keine Rückmeldung
12	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN)		• keine Rückmeldung
13	Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG)		• keine Rückmeldung
14	Landkreis Hildesheim	10.08.20	• Bodenmanagement zum Schutz und zur Wiederverwendung des Oberbodens wird begrüßt. Das Konzept ist abzustimmen und rechtzeitig im Voraus und z.B. im Rahmen des Erschließungsvertrags zu erstellen. <u>Hinw. d.V.:</u> Im Bebauungsplanentwurf sind entsprechende Hinweise zum Bodenschutz enthalten, die bereits bei der Räumung des Geländes Anfang 2020 berücksichtigt wurden. Einen Erschließungsvertrag gibt es nicht.

Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden (Fortsetzung)			
Nr.	Behörden / Träger öffentlicher Belange / benachbarte Gemeinden	Datum	Bemerkungen / Hinweise
15	Landwirtschaftskammer Niedersachsen		• keine Rückmeldung
16	Leineverband	22.07.20	• keine Anregungen
17	Landvolk Hildesheim Kreisbauernverband e.V.	02.07.20	• keine Anregungen
18	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)		• keine Rückmeldung
19	Polizeikommissariat Alfeld	06.07.20	• keine Anregungen, wegen Störfallgefährdung auch Sachbearbeiter Gefahrenabwehr / Umweltschutz vorgelegt.
20	Gemeinde Freden (Leine)		• keine Rückmeldung
21	Gemeinde Lamspringe	20.07.20	• keine Anregungen
22	Samtgemeinde Duingen		• keine Rückmeldung
23	Samtgemeinde Leinebergland	06.07.20	• keine Anregungen
24	Gemeinde Sibbesse		• keine Rückmeldung
25	Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim (GAA)	16.07.20	• Es wird ein übergeordnetes Konzept verlangt, das sicherstellt, dass die Personenzahl im angemessenen Sicherheitsabstand des Störfallbetriebes nicht stetig steigt. ⇒ s. Abwägung
26	Überlandwerk Leinetal		• keine Rückmeldung
27	Vodafone Kabel Deutschland GmbH	30.07.20	• keine Anregungen, Verweis auf Leitungen im Plangebiet
28	Wasserwerk Alfeld GmbH / Purena GmbH	27.08.20*	• keine Anregungen
29	Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim		• keine Rückmeldung

* = nach Fristablauf

weiß = keine Stellungnahme abgegeben

grau = keine Anregungen geäußert, ggf. allgemeine Hinweise gegeben

gelb = siehe nachfolgende Befassung mit der Stellungnahme

d.V. = der Verwaltung

Landkreis Hildesheim, Stadt Alfeld (Leine) – Kernstadt 28. Änderung des Flächennutzungsplans „Königsruh“ Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden		
Name:	Datum:	Nr.:
Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim (GAA)	16.07.2020	25

Sachgebiet / thematischer Aspekt:
Störfallgefährdung

Kurzfassung der Anregungen:

Die Unterlagen wurden der Zentralen Unterstützungsstelle Luftreinhaltung, Lärm, Gefahrstoffe und Störfallvorsorge (ZUS LLGS) der Gewerbeaufsicht zur Stellungnahme vorgelegt. Wie bereits mit Stellungnahme vom 02.03.2020 (Punkt 3) geschrieben:

„Die Anzahl und Art der Personen kann im Einzelfall ein Argument jedoch kein ausreichender Grund in der Abwägung sein, ob eine Planung/Vorhaben zulässig ist oder nicht, jedoch auch nur dann, wenn durch ein übergeordnetes Konzept sichergestellt ist, dass nicht langfristig die Personenzahl im angemessenen Sicherheitsabstand durch die andauernde Zulassung von kleinen Vorhaben und kleinen Gebieten kontinuierlich steigt, ohne dass Kompensationsmaßnahme stattfinden. Dies käme aus unserer Sicht einer systematischen Nichtbeachtung von § 50 BImSchG bzw. Artikel 13 der Seveso III Richtlinie gleich, dadurch dass die Ausnahme zur Regel gemacht wird. Bisher ist uns nicht bekannt, dass die Stadt Alfeld über ein solches übergeordnetes Konzept verfügt.“

Aus den Unterlagen würde nicht hervorgehen, dass die Stadt Alfeld zukünftig vorhabe, durch ein übergeordnetes Konzept sicherzustellen, dass die Personenzahl im angemessenen Sicherheitsabstand aufgrund von stetiger Zulassung von kleinen Vorhaben und kleinen Gebieten nicht einfach weiter steigt.

Aus diesem Unterlassen resultieren in Bezug auf den Betriebsbereich keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen in Form von neuen Anforderungen und die Einhaltung von § 50 BImSchG im Zuge der Planung liegt auch nicht in der Zuständigkeit (und damit Verantwortung) der Gewerbeaufsicht.

Es wird noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nur ein übergeordnetes Konzept sicherstellt, dass die Anforderungen des § 50 BImSchG eingehalten werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit dem Flächennutzungsplan der Stadt Alfeld (Leine) ist grundsätzlich ein übergeordnetes Konzept gegeben, das sicherstellt, dass die Personenzahl im angemessenen Sicherheitsabstand nicht einfach durch Aufstellung von Bebauungsplänen bzw. stetige Zulassung von kleinen Vorhaben übermäßig ansteigt. Alle im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen sind bereits seit langem bebaut. Verbliebene Freiflächen sollen als u. a. klimatisch, entwässerungstechnisch und sozial wichtige innerstädtische Frei- bzw. Grünflächen erhalten bleiben.

Mit der vorliegenden Bauleitplanung wird die letzte Möglichkeit einer Baugebietsentwicklung nahe des Zentrums - und im angemessenen Sicherheitsabstand des Störfallbetriebes - genutzt. Dabei handelt es sich um eine Fläche, die bereits als Freizeitgebiet (Kleingartengelände) regelmäßig von Personen genutzt wurde. Die Personenanzahl und Aufenthaltsdauer werden durch die Ausweisung als Wohngebiet zwar erhöht, aber nur in moderatem Umfang.

Verdichtungsabsichten im Bestand (Aufstockung, erweiterte Bebaubarkeit) bestehen nicht bzw. sind in der historisch dicht bebauten Innenstadt kaum durchzuführen. Im Bereich der Leineaue ist aufgrund des Überschwemmungsgebietes eine Bebauung ausgeschlossen. Größere Freiflächen sind im Flächennutzungsplan durch freihaltende Darstellungen belegt.

Zukünftige Entwicklungen sind aber natürlich nicht abschließend vorauszusehen. Bei jeder weiteren Bauleitplanung oder Baugenehmigung werden entsprechende Störfallbetrachtungen angestellt. Dabei sind auch Auswirkungen auf die Personenzahl im angemessenen Sicherheitsabstand mitberücksichtigt. Auf genehmigungsfreie Veränderungen des Personenbestandes besteht kein Einfluss seitens der Stadt.

Die Stadt Alfeld (Leine) hat mit weiterhin sinkenden Personenzahlen zu kämpfen. So werden für 2025 nur noch rund 17.000 Einwohner*innen im RROP 2016 prognostiziert, 84 % der Bevölkerung bezogen auf 2010. Im Jahr 1980 war man noch bei 23.400 Personen. Derzeit (31.12.2019) leben ca. 18.500 Menschen in Alfeld (Leine). Von diesem Bevölkerungsschwund sind auch die Innenstadt und weitere Bereiche im angemessenen Sicherheitsabstand betroffen. Hinzu kommen Leerstände bei gewerblichen Immobilien. So gesehen erfolgt die geforderte Kompensation von planverursachten zusätzlichen Personen auf natürliche Weise.

Die Begründung wird hinsichtlich der Störfallbetrachtung in Kap. 7.2.1 zum übergeordneten Konzept entsprechend ergänzt.

Entscheidungsantrag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Änderungen der Planung ergeben sich hieraus nicht. Der Forderung nach einem gesonderten übergeordneten Konzept wird nicht entsprochen.